

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002991/2026
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Moritz Körner (Renew)

Betrifft: FTC-Urteil

Mit seinem Urteil vom 29. Juni 2026 hat der US Supreme Court den gesetzlichen Schutz der Mitglieder der Federal Trade Commission vor einer politisch motivierten Abberufung beseitigt. Damit wird eine zentrale Annahme des Angemessenheitsbeschlusses (EU) 2023/1795 erschüttert: dass die Einhaltung der Datenschutzpflichten durch US-Unternehmen von einer unabhängigen und wirksamen Aufsichtsbehörde kontrolliert und durchgesetzt wird.

Eine Behörde, deren Leitung jederzeit vom US-Präsidenten abberufen werden kann, kann kaum als unabhängig von der Exekutive gelten. Dennoch ermöglicht die Kommission weiterhin umfangreiche Übermittlungen personenbezogener Daten in die USA, obwohl die Kommission laut DSGVO verpflichtet ist, relevante Entwicklungen unverzüglich zu überwachen und einen Angemessenheitsbeschluss auszusetzen oder aufzuheben, sobald ein gleichwertiges Schutzniveau nicht mehr gewährleistet ist.

1. Warum hat die Kommission den Angemessenheitsbeschluss nicht unverzüglich ausgesetzt, obwohl eine wesentliche Grundlage für die behauptete unabhängige Durchsetzung des Datenschutzrahmens entfallen ist?
2. Behauptet die Kommission, dass die FTC die Anforderungen an eine unabhängige und wirksame Aufsicht erfüllt, wenn ihre Mitglieder der unmittelbaren politischen Kontrolle des US-Präsidenten unterliegen?
3. Wird die Kommission den Angemessenheitsbeschluss aufheben und Verantwortliche davor warnen, sich weiterhin auf den Datenschutzrahmen zu stützen, oder nimmt sie bewusst ein drittes Scheitern vor dem Gerichtshof der Europäischen Union in Kauf?

Eingang: 15.7.2026